

Nicht nur vom Ärztehaus reden - sondern endlich anfangen!

Alle wissen es, viele spüren es; die ärztliche Versorgung der Mörfelder ist nicht ausreichend. Das ist schon lange so. Vor vier Jahren sind wir deshalb an die Öffentlichkeit mit der Forderung nach einem Ärztehaus herangetreten. Auf unsere Wirkung hin wurde eine Gesundheitsdeputation gebildet, die den Punkt Ärztehaus behandeln sollte. Im April vergangenen Jahres haben wir eine umfangreiche Studie zur ärztlichen Versorgung veröffentlicht und der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet. Lange Zeit hörte man nichts mehr von der Sache.

Doch jetzt haben auch Sozialdemokraten unsere Forderung aufgegriffen. Darüber freuen wir uns.

In einer im Juni 1972 erarbeiteten und zu Anfang dieses Jahres veröffentlichten Studie der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen Heidelberg, die vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gefördert wurde, wird die Meinung vertreten, daß die Diagnose in der Einzelpraxis nicht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Die Gruppenpraxis wird als die vernünftigste Organisationsform für die außerklinische Versorgung angesehen. Es sei deshalb zu prüfen, inwieweit der Staat die Bildung von Gruppenpraxen fördern könne. Gleichzeitig wird, ebenfalls um Mängel in der regionalen Krankenversorgung zu beseitigen, die Errichtung von Ambulatorien und Polikliniken in Krankenhäusern gefordert.

Dadurch wird die Richtigkeit unserer Initiative Ärztehaus erneut bestätigt. Alle die Mängel, die in der Heidelberger Studie beklagt werden, finden sich auch in Mörfelden.

- Es gibt zu wenig niedergelassene Ärzte. Folge: Die Ärzte sind überfordert, die Wartezimmer überfüllt, lange Wartezeiten, Krankheiten werden nicht erkannt oder verschleppt.
- Es fehlen Fachärzte der wichtigsten Fachrichtungen. Folge: Mörfeldener Bürger müssen zu Fachärzten in benachbarte Städte reisen.

Den Ruf nach einer besseren Gestaltung der ärztlichen Versorgung hört man neuerdings immer häufiger auch von der jüngeren Ärztegeneration selbst:

- In Köln hat sich am 20./21. 173 die Stadtorganisation der angestellten und beamteten Ärzte für neue Formen der ärztlichen Niederlassung für Gruppenpraxen und Ärztehäuser ausgesprochen.
- In Marburg haben auf dem vielbeachteten Kongress „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt“ mehr als 1.500 Mediziner beschlossen, neue Formen der ärztlichen Forschung Lehre und Praxis zu fördern und sich für eine Erweiterung der Gesundheitssicherung der Sozialversicherten, d.h. der Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen.

Wir wollen in Mörfelden zur Sicherung der ärztlichen Versorgung beizutragen und gleichzeitig auch die Arbeitsbedingungen unserer Ärzte erleichtern helfen.

Wir meinen, daß jetzt bald etwas geschehen muß. Man darf nicht nur vom Ärztehaus reden, man muß handeln. Wir fragen Bürgermeister Bachmann, wir fragen den Magistrat: Wird im diesjährigen Haushalt für ein Ärztehaus endlich Geld ausgewiesen? Wann kommt der DKP-Entwurf (er wurde

gemeinsam mit Ärzten ausgearbeitet) auf die Tagesordnung? Wann werden endlich Nägel mit Köpfen gemacht? Die DKP-Mörfelden und die Bürger dieser Stadt wollen wissen, wie es weitergeht.

LESER BRIEF

Preishochburg

Mit Bekannten unterhielt ich mich über die vergangene Fastnacht im Bürgerhaus. „Na, wie wars denn auf dem Lumpenball?“ fragte ich, „hast du dich gut amüsiert?“ Es sei sehr schön gewesen, war die Antwort, nur das Bier sei sauer aufgestoßen. „Ja sonst habt ihr doch bei Bier keine Hemmungen“, entgegnete ich. „Schon, schon, aber sonst kostet die Flasche (0,3 Liter) auch keine 1,50 Mark. Der Bekannte erzählte, daß er noch einige Kollegen mitgebracht hatte, die ihn deswegen ganz schön aufgezogen haben. „Bürgerhaus — Preishochburg Mörfeldens!“ „Da können die Mörfelder Arbeiter stolz drauf sein, auf ihr selbsterbautes Volkshaus!“ usw. Der Bekannte wollte seinen Durst mit Wasser stillen, aber da kam er vom Regen in die Traufe. Er zahlte für ein Mini-Fläschchen (0,25 Liter) ebenfalls 1,50 Mark.

Kürzlich wurde ja eine Bürgerhauskommision gewählt, die wird sich auch sicher der Preissituation annehmen und auch die sonstigen Mängel abzustellen versuchen. Trotz aller Mängel bin ich stolz auf das Bürgerhaus und sage auf keinen Fall „dort gehe ich nicht mehr hin!“

H. G.

Zwei deutsche Staaten bestehen heute zwischen Rhein und Oder. Sie unterscheiden sich nicht nur nach Größe und Einwohnerzahl. Ihre politische und gesellschaftliche Entwicklung ist genau entgegengesetzt verlaufen. Der eine deutsche Staat ging nach dem Zusammenbruch des Faschismus, gestützt auf ein großes industrielles Potential und auf amerikanische Kredite, den Weg zurück zur Restaurierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der andere deutsche Staat beschritt unter weit ungünstigeren Bedingungen und unter großen Schwierigkeiten den neuen Weg des Aufbaus des Sozialismus.

Viele Bürger der Bundesrepublik fragen sich heute, angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Unsicherheit: Wie leben die, die nach 1945 den neuen, schweren Weg gegangen sind? Wie lebt der arbeitende Mensch in der DDR? Die Fragen sind leichter gestellt als beantwortet. Sie lassen sich nicht allein an Löhnen und Preisen ablesen, so wichtig sie sind. Leben heißt auch nicht nur essen und trinken, schlafen und wohnen. Zum menschenwürdigen Leben gehört mehr. Zum Beispiel: Welche Bildung kann man sich selbst und seinen Kindern verschaffen? Wie sicher ist der Arbeitsplatz? Wie gerecht werden die Werte verteilt? Bin ich nur eine Nummer im Betrieb oder entscheide ich mit? Welchen Anteil habe ich am geistigen Leben? Was bringt mir und meiner Familie die Zukunft?

Fragen über Fragen. Wir wollen versuchen, sie hier und in folgenden Ausgaben unserer Zeitung zu beantworten.

Zum Beispiel:

Eine

Arbeiterwochenkarte



Immer mehr Arbeiter und Angestellte, immer mehr Hausfrauen fragen sich in diesen Tagen: Wie soll das nun weitergehen? Täglich hören wir von Dollar- und Währungskrisen, von gestiegenen Preisen und Steuererhöhungen. Wir lesen in der Zeitung, daß von Januar 1972 bis Januar 1973 die Preise in der BRD um 8,5 % kletterten, daß ab 1. Juli der Benzinpreis auf 80 Pfennig und darüber steigen wird. Wir lesen auch, daß in diesem Jahr die höchsten Rüstungsausgaben seit Bestehen der BRD vorgesehen sind, nämlich über 28 Milliarden DM. Das Preiskarussell dreht sich schneller, die Inflation schreitet fort, der Reallohn wird abgebaut. Bei den arbeitenden Menschen bleiben alle Belastungen hängen, und ein Ende ist nicht abzusehen. Als am 28. Januar die Bahntarife um durchschnittlich 10 % angehoben wurden, hieß es, möglicherweise müßte die

nächste Erhöhung schon 1974 erfolgen.

Warum ist das so? Das ist so, weil wir in einem kapitalistischen Land leben, die „Gebirgswanderung“ der Preise ist systembedingter Alltag.

Wie aber sieht es in der DDR aus? Wie ist hier die Preisentwicklung? Dazu einige Zahlen:

Zum Beispiel: Eine Arbeiterwochenkarte

Von Weimar bis Jena sind es 23 km. Der Arbeiter aus Weimar bezahlt für seine Arbeiterwochenkarte seit Jahren unverändert 3,40 Mark. Zum Vergleich: Von Mörfelden bis Frankfurt sind es 18 km. Der Kollege aus Mörfelden zahlt dafür 12 Mark in der Woche. Die Mörfelder Fahrkarte gilt außerdem nur bis Samstag.

Auch die sonstigen Tarife in der DDR blieben unverändert seit 1961.

	1961	1965	1971
	M	M	M
1 Eisenbahnfahrt			
2. Klasse, Personenzug			
50 km	4,00	4,00	4,00
Straßenbahnfahrt	0,20	0,20	0,20
Fernsprechverkehr			
im Ort	0,20	0,20	0,20
Haushaltstarif für			
1 kWh elektr. Strom	0,08	0,08	0,08
Haushaltstarif für			
1 m ³ Gas	0,16	0,16	0,16

Wie sieht es bei den Grundnahrungsmitteln aus?

Auch hier blieben die Preise seit 1961 stabil.

	1961	1965	1971	je
Kartoffeln	0,60	0,85	0,85	5 kg
Weißbrot	1,00	1,00	1,00	kg

▼	1961	1965	1971	je
Rindfleisch	9,80	9,80	9,80	kg
Vollmilch	0,70	0,70	0,70	l
Käse 30 % Fett	7,20	7,20	7,20	kg
Butter	10,00	10,00	10,00	kg
Vollbier	1,60	1,60	1,60	l

Vielen Menschen in der Bundesrepublik sind solche Zahlen unbekannt. Viele wissen überhaupt recht wenig über die DDR. Manches Wissen ist verzerrt und ungenau. (Es wird halt viel gelogen in den Springer-Zeitungen.) Manches weiß man natürlich: In der DDR wird viel getan für Sport und Bildung, für das Gesundheitswesen und für die Jugend – aber – so hören wir dann, ein Herrenoberhemd kostet 47,- Mark und erst ein Auto – „da muß man ewig warten.“

Vieles kann man tatsächlich nicht schematisch nebeneinanderstellen. Man kann z.B. nicht den Lohn des Autoschlossers von Eisenach vergleichen mit dem seines Kollegen bei Opel, wenn man nicht auch berücksichtigt, daß der Eisenacher mit seiner Familie für wenig Geld ins Ferienhaus fahren kann.

Man kann nicht den Lohn vergleichen, wenn man nicht gleichzeitig über Mieten spricht, und 90 Mark für eine 4-Zimmer-Wohnung in Halle ist eine normale Miete in der DDR.

Und zum Lebensstandard gehört nun mal auch zu wissen, daß der Arbeitsplatz sicher ist, daß die Kinder einer sicheren Zukunft entgegengehen.

Darüber sollte man einmal nachdenken. Wir wollen niemanden beschwatzen. Wir bieten Fakten, die man überprüfen kann – bei privaten Besuchen oder bei Studiendelegationen der DKP in die Deutsche Demokratische Republik.

(wird fortgesetzt)

Es geht „aufwärts“

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist gegenwärtig in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung...“, sagte Willy Brandt in der Regierungserklärung. Für Preise und Profite trifft das sicher zu. Die Zeche aber zahlen Arbeiter und Angestellte.

- 27,895 Milliarden DM sind z.B. im Bundeshaushaltsentwurf für Rüstung vorgesehen. Der höchste und überflüssigste Einzeletat erhält einen Nachschlag in Höhe von 3,360 Mrd. DM. Dafür werden wir alle zur Kasse gebeten durch höhere Steuern.

- Sieben Milliarden DM betrug der Kursverlust, der durch die Stützungskäufe für den Dollar entstanden. Die Rechnung für den Ankauf des Altpapiers zahlen wir alle. Der Verlust wird aus dem Bundeshaushalt gedeckt.

- 3,325 Milliarden DM kostet uns der sogenannte Devisenausgleich für die USA. Das Geld fließt direkt in die US-Kriegskasse.

- 789,5 Millionen DM berappen wir jährlich für die US-Truppen auf bundesdeutschem Boden. Diese Millionen fehlen uns für Bildung, Straßen und soziale Zwecke.

- 700 Millionen DM sollen wir im 2. Halbjahr zusätzlich blechen. Soviel bringt die Erhöhung des Spritpreises um 5,6 Pf pro Liter in die Bonner Kasse. Es geht aufwärts mit den Preisen – auf unsere Rechnung!

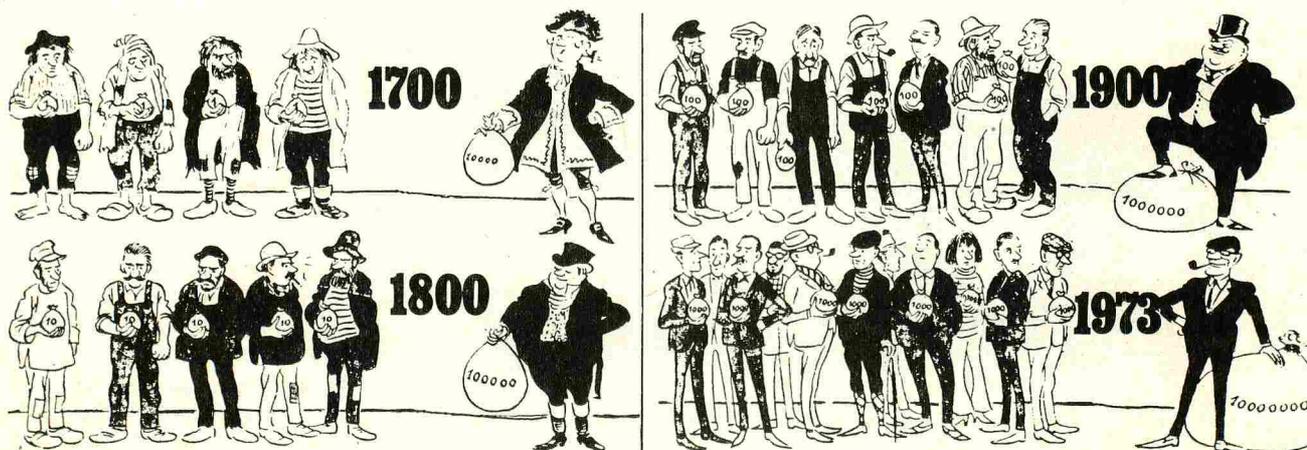
- Kreditgebühren, z.B. für Ratenkäufe, sind künftig nicht mehr von der Lohnsteuer absetzbar. Die Steuerprogression schluckt einen Teil der Lohnerhöhungen. Auch die Sozialabgaben werden erhöht.

- Die Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten im privaten Wohnungsbau liefert den Vorwand für eine allgemeine Anhebung des Mietniveaus.

- Zehn Prozent „Stabilitätsabgabe“ verlangt Minister Schmidt von den Konzernen, die diese Abgabe auf die Preise umlegen. Wenn die „Stabilitätsabgabe“ 1974 wegfällt, streichen die Konzerne einen Zusatzprofit aus der Preistreibein.

Es ist mit großen Unkosten verbunden, den „blickpunkt“ monatlich herauszubringen. Sie können uns dabei helfen. Unser Konto: 9 003 419 bei der Kreissparkasse Gr.-Gerau.

„Sozialpartnerschaft“ im Wandel der Zeit



Vietnam braucht weiterhin unsere Hilfe

DKP-Delegation aus Vietnam zurück

Auf Einladung des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams weilte in der Zeit vom 25.2. bis 3.3.1973 eine Delegation der Deutschen Kommunistischen Partei in der Demokratischen Republik Vietnam. Die Delegation wurde von dem Mitglied des Präsidiums der DKP, Hermann Gautier, geleitet. Ihr gehörten ferner an die Genossen Sepp Mayer, Mitglied des Parteivorstandes und Landesvorsitzender der DKP in Hessen, der Schriftsteller und Mitglied des Parteivorstandes, Peter Schütt, sowie Franz Hutzfeld, Student und Sekretär des MSB Spartakus.



Das Bach-Mai-Krankenhaus in Hanoi. Weihnachten 1972 wurde es zusammengebombt. (Sepp Mayer, 2. von rechts)

Während ihres Aufenthaltes in Vietnam hatte die Delegation ein ausführliches Gespräch mit dem ersten Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams Le Duan sowie eine ganztägige Begegnung mit einer Delegation des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams. Die Delegation besuchte während ihres Aufenthaltes neben der Hauptstadt Hanoi die Provinzen Hanoi, Haiphong und Tai Binh, Gebiete, die besonders schwer unter dem Bombardement der US-Terrorbomber zu leiden hatten.

Die Delegation hatte bei ihrem Besuch in Krankenhäusern und Schulen bei Begegnungen mit Arbeitern von zerstörten Betrieben die Möglichkeit, sich ein umfangreiches Bild über den systematischen Terror gegen die Zivilbevölkerung durch die USA-Terroristen zu machen. Darüber hinaus führte die Delegation ein ausführliches Informationsgespräch mit der Sondervertretung der revolutionären Regierung von Südvietnam sowie mit dem Botschafter der Pathet Lao in Hanoi.

Zur DKP-Delegation gehörte Sepp Mayer, Landesvorsitzender der DKP in Hessen. Wir führten mit Sepp Mayer ein ausführliches Gespräch.

Frage: Wie war eure Aufnahme in Vietnam ?

„Die Aufnahme war äußerst herzlich, was in der Vielzahl von Gesprächen und Begegnungen, die wir während unseres Aufenthaltes hatten, zum Ausdruck kommt. Ein besonderes Erlebnis war vor allem das Gespräch mit Le Duan, dem ersten Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, der sich u.a. besonders stark für den Kampf der DKP in der Bundesrepublik interessierte und uns dabei herzliche Dankesworte an die Kommunisten in der BRD für die geleistete Solidarität mit auf den Weg ▶

▽ gab. In zahlreichen Gesprächen mit Arbeitern, insbesondere mit den Werftarbeitern in Haiphong und den Metallarbeitern der Maschinenfabrik von Cam-Pha, die ihren Betrieb in eine Berghöhle verlagerten, kam zum Ausdruck, daß die Bevölkerung Vietnams sehr stolz darauf ist, dem USA-Imperialismus eine Niederlage bereitet zu haben."

Frage: Wie wohnen und leben die Menschen in Vietnam jetzt ?

„Es ist erstaunlich, welchen Optimismus und welches Selbstvertrauen die Menschen in Vietnam in ihre eigene Kraft besitzen. Trotz der unmenschlichen Zerstörungen gibt es keine Niederlagen. Überall rühren sich die Kräfte, die Spuren des Bombenterrors zu beseitigen und das Leben wieder zu normalisieren. Wie das im Konkreten aussieht, dafür ein Beispiel aus Haiphong. Die 300.000 Einwohner zählende Hafenstadt wurde seit 1965 insgesamt mehr als tausendmal aus der Luft und von der See her angegriffen. Die Wohngebäude in Haiphong sind zu 80 % zerstört.

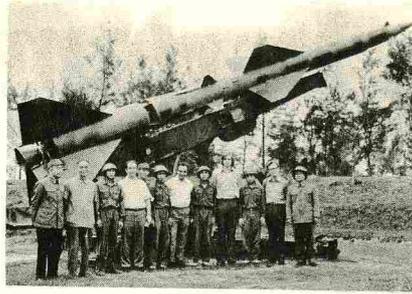
Alle Industriegebiete, darunter die Werft, das Zementwerk und das Elektrizitätswerk, liegen in Trümmern. Das Arbeiterwohngebiet von Haiphong wurde am 18. Dezember 1972 während eines überraschenden Nachtangriffs von 200 B 52-Bombern mit einem 3 km langen und 700 Meter breiten Bombenteppich in eine Kraterlandschaft verwandelt. 20.000 Arbeiterfamilien wurden dabei allein in Haiphong obdachlos.

Quang Binh, die Bezirksstadt an der Halong Bucht, eine Stadt, die 1954 neu erbaut wurde, ist zu 98% zerstört. In dieser Stadt schlafen 70.000 Menschen z. Zt. nur in Zelten und anderen Notunterkünften. Mehrere tausend Menschen leben bis heute noch in kleinen Felshöhlen.

Es muß jedoch betont werden, daß trotz dieser grausamen Zerstörungen es in der Demokratischen Republik Vietnam es keinen Menschen gibt, der hungert, und es hat zu keinem Zeitpunkt Seuchengefahr gegeben."

Frage: Wie schätzt man in Vietnam die weltweite Solidarität ein?

„Überall, wo wir waren, wurde uns versichert: Der Sieg des vietnamesischen Volkes über den USA-Imperialismus war nur möglich, weil es eine weltweite Solidarität mit dem vietnamesischen Volk gab. Mit besonderem Nachdruck wird vor allen Dingen auf die umfangreiche Hilfe der sozialistischen Staaten und dabei besonders der Sowjetunion hingewiesen. Aber auch die Solidaritäts-



Besuch beim Luftabwehrbataillon 73 bei Hanoi. Diese Einheit schoß allein am 18. Dezember 1972 drei amerikanische B 52-Bomber ab.

aktionen aus der Bundesrepublik werden ganz hoch eingeschätzt. Selbst in kleinen Orten wußten die Menschen von dieser Solidarität. Der Genosse Le Duan sagte uns z.B. während des Gespräches: „Es ist uns sehr wohl bekannt, daß die DKP die führende Kraft der breiten Solidaritätsbewegung in der BRD war und daß sie sich als einigende Kraft aller Solidaritätsbeweise hervorgetan hat.“ Es war für uns überraschend, wieviel Details der Solidaritätsaktionen aus der Bundesrepublik bei den Menschen in Vietnam bekannt waren. So wurde uns wiederholt bestätigt, wie genau bekannt ist, daß am 20. Januar in Dortmund eine große Solidaritätskundgebung der demokratischen Kräfte aus der Bundesrepublik für Vietnam stattgefunden hat. Man erwähnte die Solidaritätskundgebungen in Frankfurt und wußte auch, daß in Mörfelden eine Protestaktion stattfand. Allorts ist auch bekannt, daß die Einrichtungen des Operationssaales im Hanoier Krankenhaus Bach Mai aus Mitteln der westdeutschen Hilfsaktion Vietnam stammen. Dieses Krankenhaus wurde übrigens am 24. Dezember 1972 völlig zerstört.

Frage: Was wird z.Zt. am dringendsten in Vietnam benötigt ?

„Praktisch wird in Vietnam alles gebraucht, was zum Wiederaufbau des Landes erforderlich ist. Besonders dringend gebraucht werden aber Einrichtungen für Krankenhäuser (Laboreinrichtungen, Medikamente, Einrichtungen für Operationssäle) usw. Der Direktor des Krankenhauses von Haiphong gab uns dafür eine umfangreiche Liste mit auf den Weg. Benötigt werden vor allen Dingen auch Lehrmittel für Schulen und Universitäten, darüber hinaus Spezialisten für Brückenbau, Verkehrswesen und andere. Nicht vergessen werden darf, daß nach wie vor eine breite materielle Hilfe notwendig ist, um den Wiederaufbau des Landes schnell voranzubringen.“

Frage: Wie kann man konkret helfen ?

„Die wichtigste Antwort, die wir auf diese Frage von unseren vietnamesischen Freunden und Genossen immer wieder bekamen, war die, daß es das Wichtigste ist, alles dafür zu tun, daß das Abkommen von Paris strikt eingehalten wird und jeder Versuch, dieses Abkommen zu brechen, durch einen weltweiten Protest verhindert wird. Eindringlich wurden wir immer wieder gebeten dafür zu sorgen, daß das Thieu-Regime in Südvietnam gezwungen wird, die über 300.000 gefangenen Demokraten freizulassen, da sie unmittelbar bedroht sind, von diesem Terrorregime ermordet zu werden. Notwendig ist auch, sich dafür einzusetzen, daß von Seiten der Bundesregierung eine umfangreiche materielle und finanzielle Hilfe ohne Bedingungen für den Wiederaufbau Vietnams geleistet wird, da die Bundesregierung durch ihre Unterstützung des US-Imperialismus moralische Schuld an den Opfern und Leiden des vietnamesischen Volkes trägt. Zur Solidarität mit Vietnam gehört auch die Forderung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, in der Bundesrepublik die Möglichkeit für die Errichtung eines Informationsbüros zu schaffen. Die Entwicklung einer starken Bewegung dafür, daß die USA die verminten Häfen von Vietnam entminen, ist ebenfalls eine dringende Form der Solidarität mit Vietnam. Nicht zu vergessen ist, daß es notwendig ist, über die Hilfsaktion Vietnam e.V. (Postscheckkonto Essen 90040 - 430) nach wie vor verstärkt finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau Vietnams zu leisten, damit die Folgen des Krieges schnell überwunden werden können.

Alle Mitglieder der Delegation sind bereit, auf öffentlichen Veranstaltungen über ihre Reise in die Demokratische Republik Vietnam zu berichten."

Vietnam nach den Bomben

Sepp Mayer, Landesvorsitzender der DKP-Hessen, spricht auf einer öffentlichen Versammlung in Mörfelden über seine Vietnam-Eindrücke.

Die Bevölkerung ist zu diesem hochaktuellen Thema herzlich eingeladen.

Mittwoch, 28. März 1973
20 Uhr, Bürgerhaus

Frauen im Parlament

„Die volle Emanzipation der Frau und ihre Gleichstellung mit dem Mann ist eins der Ziele unserer Kulturentwicklung, dessen Verwirklichung keine Macht der Erde zu verhindern vermag. Aber sie ist nur möglich auf Grund einer Umgestaltung, welche die Herrschaft des Menschen über den Menschen – also auch des Kapitalisten über den Arbeiter – aufhebt.“

August Bebel

Die Frauen kamen, gemessen an den weiblichen Abgeordneten des neuen Bundestages, knapp über 5 Prozent. Und das, obwohl sie bei den Wählern die absolute Mehrheit stellten. Darüber kann auch die Wahl einer Bundestagspräsidentin nicht hinwegtäuschen. Der bekannte Spruch, der die Lage der Frauen in der BRD kennzeichnet: „Auf den Illustrierten vorn, in der Lohnskala ganz hinten“ – läßt sich auch auf den neuen Bundestag anwenden. An der Spitze eine Frau zum Herzeigen, unter den Abgeordneten aber sind die Frauen auf dem niedrigsten Stand seit 1949. Von insgesamt 518 Bundestagsabgeordneten sind nur 30 Frauen. Mit 5,6% sank der Anteil der Frauen auf den niedrigsten Stand seit 1949. Dabei sind noch die drei Westberliner Bundestagsabgeordneten mitgezählt, die ja bekanntlich kein Stimmrecht haben.

Wo sind die Ursachen für diesen Tatbestand zu suchen?

Da muß zuerst einmal die Tatsache vermerkt werden, daß alle heute im Bundestag vertretenen Parteien zwar im Wahlkampf große Versprechungen gemacht haben, andererseits aber in ihren eigenen Reihen nur sehr minimal bereit waren, die Frauen selbst zum Zuge kommen zu lassen. Von den 3.571 Bundestagskandidaten waren 335 Frauen. Die meisten von ihnen waren von vornherein auf den Landeslisten so plazierte, daß sie kaum Aussicht haben konnten, gewählt zu werden. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis dieser Parteien, daß Mehrheiten, wie die Frauen, (es gab 2,8 Millionen mehr wahlberechtigte Frauen als Männer) im Bundestag nur als kleine Minderheit vertreten sind.

Die Beteiligung der Arbeiter und der Frauen an der Volksvertretung stehen in ursächlichem Zusammenhang. Die Zahlen anderer Länder beweisen das sehr deutlich. In der Volkskammer der DDR sind 31,8 Prozent der Abgeordneten Frauen. In der UdSSR sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten des Obersten Sowjets Arbeiter, und 31 Prozent dieser höchsten Volksvertretung in der Sowjetunion sind Frauen (463 an der Zahl).

Prof. Wolfgang Abendroth, Marburg, äußerte sich dazu in seinen Reiseeindrücken aus der SU: „Wir waren von den großen Erfolgen der einst unterentwickelten Völkern besonders stark beeindruckt. Ein Europäer muß stau-

bemerkenswert sei die Mitwirkung der Frauen im Erziehungs- und Gesundheitswesen.

So kann wohl die alte Leier, die bei uns immer wieder abgespult wird – die Frauen selber wollen ja nicht – denn doch wohl nicht stimmen. Vielmehr ist es offensichtlich, daß die Benachteiligung der Frauen im kapitalistischen System begründet ist. Bekanntlich sind bei uns ja die Frauen nicht nur im Parlament unterrepräsentiert. Genausowenig, wie sie im Parlament mit bestimmen können, genausowenig können sie das im Betrieb und in der Gesellschaft überhaupt.

Nur 6% aller Arbeiterinnen sind Facharbeiter, ihre Aufstiegschancen liegen bei 0,3%. Nur sechs von tausend Arbeitertöchtern ist es in unserem Lande möglich zu studieren. Über diese Tatsache kann die Feigenblattfunktion der Bundestagspräsidentin Renger nicht hinwegtäuschen. Die Zusammensetzung des Bundestages spiegelt die Chancenungleichheit der Frauen in der BRD wider.

Die Frauen haben begonnen, außerparlamentarisch, in Aktionen, in Bürgerinitiativen, in den Gewerkschaften die Durchsetzung ihrer Forderungen zu verlangen. Hier liegen die echten Chancen für mehr Gleichberechtigung, - und nicht bei dem Aushängeschild einer Präsidentin.

Sofie Haag

Adtung!

VORANKÜNDIGUNG

Der DKP-Mörfelden ist es gelungen, das weltbekannte „Theater der Freundschaft“ aus Berlin/DDR, nach Mörfelden zu verpflichten. Das Theater macht im Mai eine BRD-Tournee.

In Mörfelden spielt es am 3. Mai 1973 im Bürgerhaus.

nen, wie rasch die Völker Turkmeniens beispielsweise den Weg von feudalistischen Zuständen zur sozialistischen Gegenwart dank der grundlegenden sozialökonomischen Umgestaltungen zurücklegten.“ Abendroth betonte, daß unter den Bedingungen des Sozialismus die gesellschaftliche Gleichheit der Frau möglich geworden sei. Das sehe man besonders am Beispiel der mittelasiatischen Sowjetrepubliken. Die Frauen nähmen in der sowjetischen Gesellschaft tatsächlich den ihnen gebührenden Platz ein. Mehr als hundert Frauen gehören zum Beispiel zu den 285 Deputierten des Obersten Sowjets Turkmeniens. Ihre aktive Teilnahme, am parlamentarischen Leben, an der Lösung der gesellschaftlichen Fragen, dürfte wohl als ein Merkmal ihrer Emanzipation bewertet werden. Besonders

UZ Gutschein

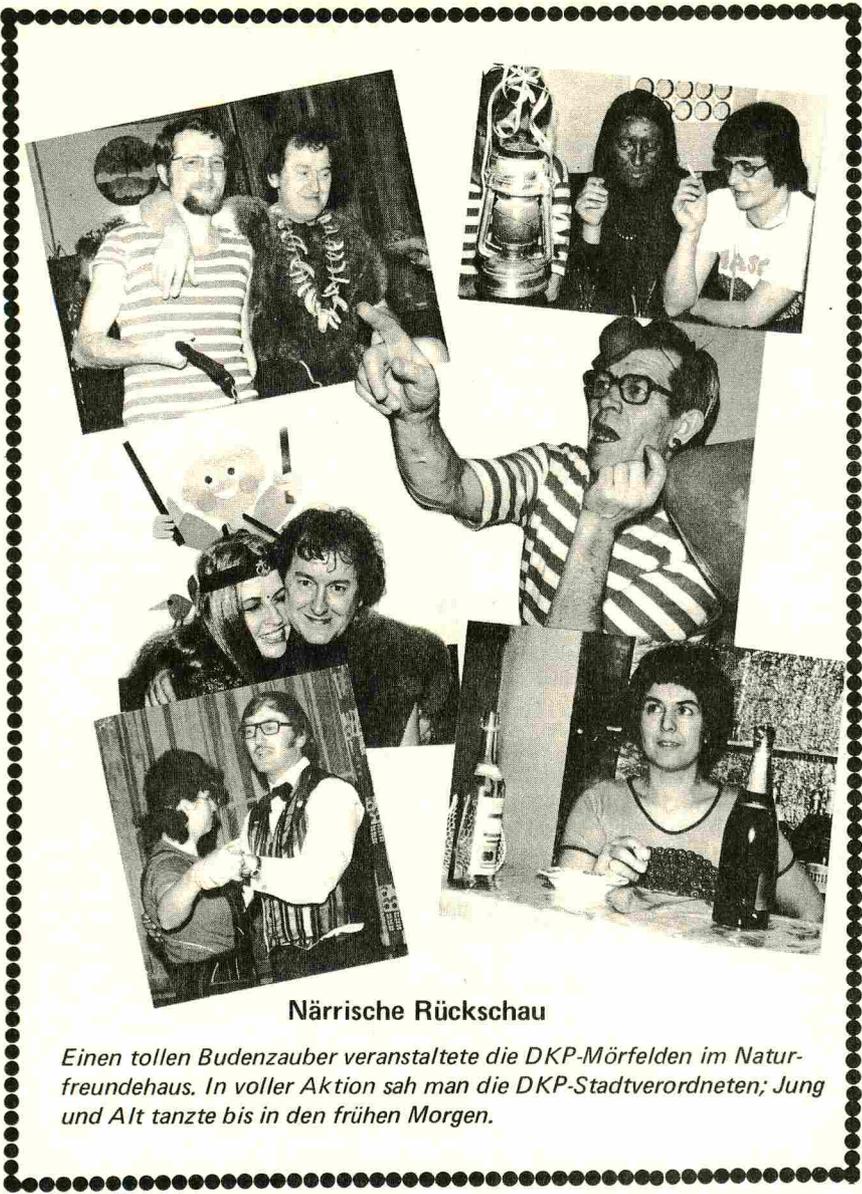
Gegen Einsendung dieses Gutscheins an UZ-Landesbüro, 6 Frankfurt, Cronstettenstraße 18, erhalten Sie vier kostenlose Probeexemplare der sozialistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ UZ.

Name:

Vorname:

Anschrift:





Närrische Rückschau

Einen tollen Budenzauber veranstaltete die DKP-Mörfelden im Naturfreundehaus. In voller Aktion sah man die DKP-Stadtverordneten; Jung und Alt tanzte bis in den frühen Morgen.

„Das Verkleiden als Sozialdemokrat (orangefarbene Stecknadel am Revers) ist nicht ausreichend.“

Aus einer Einladung der DKP-Kreisvereinigung Groß-Gerau zum Faschingsball „Rote Nacht in Mörfelden“. Im Einladungstext wurde außerdem ein „Stamo-Kappen-Abend“ und Tanz angekündigt.

Aus:
Frankfurter Rundschau

DKPintern

Die Ortsgruppe der DKP-Mörfelden hielt im Februar ihre Jahreshauptversammlung im Bürgerhaus ab. Die Rückschau des Vorstandes war ein Streifzug durch die Arbeit des vergangenen Jahres. Das Jahr war geprägt durch den Bundestags- und Kommunalwahlkampf. Ein Kommunalwahlprogramm wurde eifrig in der Partei diskutiert und der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird die Richtschnur für die Kommunalarbeit der nächsten 4 Jahre sein. Durch Plakate, Flugblätter und den „blickpunkt“ half man auch in Mörfelden der Reaktion (in Gestalt von CDU/CSU) einen Schlag zu versetzen. Auch die Welt-Politik kam an diesem gutbesuchten Abend nicht zu kurz. Man würdigte die Verträge von Moskau und Warschau. Ebenso den Grund- und Verkehrsvertrag mit der DDR. Dies seien Beispiele für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Europa. Dieser Entwicklung mißt man große Bedeutung bei. Der neue Vorstand wurde wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Rudolf Dötsch, sein Stellvertreter Ernst Hechler, Kassierer Sophie Haag, Schriftführer Gerhard Schulmeyer, sowie vier Beisitzer. Die Fraktion der DKP im Stadtparlament wird in Zukunft unterstützt durch weitere 4 Genossen, die in der Fraktion mitarbeiten. Man will in Zukunft die kommunale Tätigkeit noch effektiver und zielstrebig verfolgen. Die Ortsgruppe wird mit vielen aktuellen Themen an die Öffentlichkeit treten.

Bachmann-Aquarium

Mehr Transparenz (d.h. Durchsichtigkeit) war schon immer eine Forderung der Bevölkerung und der DKP. Man will ja wissen, was all die Leute in der Verwaltung und im Magistrat so tun, schließlich verbraten sie ja unsere Steuern.

Der Mörfelder Magistrat, voran Bürgermeister Bachmann, der für unsere Wünsche schon immer ein offenes Ohr hatte, hat sich nun was Originelles einfallen lassen, um diese Forderung zu verwirklichen.

Hochdrohend ragt am Dalles ein Wolkenkratzer in den Himmel, ein für Mörfelder Verhältnisse

großer Klotz — die neue „Bomoosterei“. Der Witz bei der Sache ist — und darin unterscheidet sich die neue Mörfelder Bomoosterei von allen anderen Bomoostereien in den umliegenden Orten — das Ding wird von oben bis unten verglast. Wie man die Fische im Aquarium beobachten kann, so wird man in der neuen Transparent-Bomoosterei allen Beamten und Amtsmännern bei ihrer Arbeit zusehen können. Dieser Schritt zu einer transparenten, bürgernahen Verwaltung kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

Wo sonst gibt es eine Verwaltung mit Durchblick? ?

Was ist eigentlich öffentliche Armut?

Die Städte und Gemeinden haben kein Geld. Das weiß inzwischen jeder, das ist schon fast sprichwörtlich. Was haben unsere Regierenden dazu zu sagen? Kanzler Willy Brandt erklärte auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD 1970: „Die letzten 20 Jahre haben in der westlichen Welt zu steigendem privaten Wohlstand – freilich sehr ungerecht zerstreut – bei weitverbreiteter öffentlicher Armut geführt.“ Da haben wir also die offizielle Benennung der Sache – „öffentliche Armut“. Wenn man die Sache genau betrachtet, so sieht man, daß dieser Begriff eine Verdrehung ist. Wir zahlen eine Menge Steuern. Die kassiert der Staat. Also hat er Geld. Tatsächlich verfügt der Staat in der BRD über 32% der von der Bevölkerung erarbeiteten Werte, das waren anno 69 schon 176 Milliarden Mark (= 176 tausend Millionen DM). Also ist der Staat keineswegs arm. Nur, was passiert mit dem Geld? Der Löwenanteil dieser Summe geht in die Rüstung. Daran verdienen diejenigen, denen die Rüstungsfirmen gehören. Riesensummen gehen danach für die Subventionierung von Industriezweigen drauf, d. h. sie fließen in die Taschen der entsprechenden Unternehmer.

Schließlich finanziert der Staat Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, meist militärischer Natur. Was dabei meistens herauskommt, sieht man an Vorgängen wie dem Zusammenbruch des westdeutschen Senkrechtstarterprojektes, an der Europarakete, dem Kampfpanzer 70 und anderen teuren Seifenblasen, abkassiert haben ein weiteres Mal die großen Bosse. Was bleibt übrig für Bildung, Krankenhäuser, Kindergärten, Erholungsgebiete, Umweltschutz, Kultur?

Das aber hat nun für jeden von uns eine sehr unerfreuliche Folge: **Wir müssen Dinge, auf die wir eigentlich einen Anspruch hätten, aus eigener Tasche bezahlen.** Das fängt an mit dem Busgeld, das unsere Kinder für die Fahrt zur Schule berappen müssen. Das geht weiter mit dem Geld, das viele Eltern für Nachhilfeunterricht ausgeben müssen, weil ihr Kind wegen Lehrermangels nicht richtig mitkommt. Dazu kommen für viele Städter (und bald auch für uns) die Ausgaben für die sonntägliche Fahrt ins Grüne, weil es im Stadsmog nicht mehr auszuhalten ist und Naherholungsgebiete fehlen oder fortdauernd zerstört werden

(Startbahnbau, Eisenbahn, Kiesgr.). Dazu kommen die höheren Anliegergebühren, Schwimmbadeintritte, Krankenhauskosten und so weiter. Mit einem Wort: Immer mehr Sozialleistungen des Staates, die wir für unsere Bildung und Gesundheit, für Ruhe und saubere Luft, für gute Lebensbedingungen brauchen, werden langsam abgebaut und immer mehr uns selbst aufgebürdet. Die Folge ist die, daß von unseren Löhnen und Gehältern ein immer größerer Anteil für Dinge ausgegeben werden muß, die eigentlich als gesellschaftliche soziale Gratisleistungen selbstverständlich sein sollten. Und auf der anderen Seite müssen wir sehen, daß die, in deren Taschen die Staatsausgaben gewandert sind, mit solchen Dingen wie Bildung, Gesundheit, Ruhe und Frieden keine Sorge haben. Dafür sorgen die besseren Internate, die Privatsaunas und Swimmingpools, die Erster-Klasse-Krankenhausbetten und die Villa im Tessin. (Wenn ein Ruhrkumpel oder ein Opeler pensioniert wird, so sieht man ihm die 65 Jahre meistens an.)

Die Schlußfolgerung ist einfach: Der Begriff „öffentliche Armut“ verschleiert lediglich die Tatsache, daß nur ein Teil der Öffentlichkeit verarmt, nämlich die Arbeiterklasse. Sie muß nicht nur die Lebensunterhaltskosten, sondern in zunehmendem Maße auch die Lebenshaltungskosten aus ihrer Lohntüte bezahlen. Der Reallohn wird somit nicht größer, sondern kleiner. Dies bezeichnen wir Kommunisten nach wie vor als Ausbeutung.

Bertolt Brecht 75 Jahre

Am 10. Februar 1973 wäre Bertolt Brecht 75 Jahre alt geworden. Er wurde es nicht, wir wissen es; er starb, viel zu früh, mit 58, erschöpft von zwölf Jahren Emigration, rastloser Tätigkeit, ständigem Suchen nach noch besseren Erkenntnissen, zu großen Anstrengungen; streitbar, polemisch, unscheinbar gekleidet und billigste Zigarren rauchend, freundlich, besessen von seiner Liebe zum Theater, ein listiger Lehrer, ein genialer Schriftsteller, ein ebenso genialer Regisseur; der größte Dramatiker in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, so viele Theaterstücke hinterlassend wie Shakespeare, dazu Romane, Erzählungen, Filme, Fragmente, sieben Bände Gedichte, sieben Bände Aufsätze zum Theater, weiterhin Schriften zur Kunst, zur Literatur, zur Philosophie, zur Politik; und außerdem noch ein Theater, das zu seiner Zeit in der Welt nicht seinesgleichen hatte; und hinterlassend ein Beispiel.

Bertolt Brecht

Solidaritäts- Lied

Auf, ihr Völker dieser Erde
Einigt euch in diesem Sinn:
Daß sie jetzt die eure werde
Und die große Nährerin.
Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität!

Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber!
Endet ihre Schlächterein!
Reden erst die Völker selber
Werden sie schnell einig sein.
Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität!

Wollen wir es schnell erreichen
Brauchen wir noch dich und dich.
Wer im Stich läßt seinesgleichen
Läßt ja nur sich selbst im Stich.
Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität!

Unsre Herrn, wer sie auch seien
Sehen unsre Zwietracht gern
Denn solange sie uns entzweien
Bleiben sie doch unsre Herrn.
Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität!

Proletarier aller Länder
Einigt euch und ihr seid frei.
Eure großen Regimenter
Brechen jede Tyrannei!
Vorwärts und nie vergessen
Und die Frage konkret gestellt
Beim Hungern und beim Essen:
Wessen Morgen ist der Morgen?
Wessen Welt ist die Welt?